

Business-Lunch im BWZ mit Referat von Regierungsrat Markus Dieth

«Politik: Macht oder Ohnmacht»

Das politische System der Schweiz wird getragen vom Engagement der Menschen. Diese sollten sich aktiv einbringen, hofft Markus Dieth.

MAX WEYERMANN

Der Aargauer Finanzdirektor hob im Rahmen seines Besuches bei der Regionalgruppe Aargau/Solothurn der Vereinigung Christlicher Unternehmer (VCU) im Beisein einer Berufsmaturitätsklasse des BWZ Brugg positiv hervor, dass das politische System unseres Landes den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit der persönlichen Mitwirkung in ihrem Umfeld bietet. Diese weitherum einzigartige Chance basiert auf Demokratie, Föderalismus und dem Subsidiaritätsprinzip. (Letzteres beinhaltet, dass eine Aufgabe so weit wie möglich von der kleinsten zuständigen Einheit übernommen werden soll.) Das Volk macht im Idealfall mit und hat damit einen Anteil an der Macht.

Basis pflegt politisches System

Demotivierende Ohnmacht entsteht hingegen, wenn die Entscheidungen in den Händen von wenigen weit weg residierenden, zentralistisch organisierten Politikern liegen, wenn also der Einzelne ohne Einfluss und demgemäss überzeugt ist, die da oben machen ja sowieso, was sie wollen. «Die Schweiz wurde nicht von einem Herrscher oder einer Elite erdacht, sondern von Bürgerinnen und Bürgern», so Dieth. Er zitierte Artikel 6 der Bundesverfassung, der besagt: «Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft



VCU-Präsident Max Zeier dankt Regierungsrat Markus Dieth für sein interessantes Referat

BILD: MW

wahr.» Daraus geht auch hervor, dass unser politisches System darauf angewiesen ist, von der Basis her gepflegt zu werden.

Wichtige Bodenhaftung

Einen wichtigen Beitrag dazu leiste das Milizsystem auf Gemeindeebene. Dieses garantiere die Bodenhaftung der lokalen Politiker und die Nähe zur Bevölkerung. Es verhindere so deren Entfremdung vom Staat. Dieser funktioniert aber nur, wenn Bürgerinnen und Bürger mit ihren wertvollen Berufserfahrungen bereit seien, sich ehrenamtlich für das Gemeinwesen zu engagieren. Die Probleme bei der Rekrutierung kompetenter Personen für Exekutivämter hätten in den letzten vier Jahrzehnten zugenommen, dies vor allem in ländlichen Gebieten. Eine mitentscheidende Rolle spiele die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Einsatz für die Öffentlichkeit. Patentrezepte zur Verbesserung der Situation

existieren nicht, man müsste aber über Reformmassnahmen wie die Entflechtung von strategischen und operativen Ebenen in den Gemeinden, die Reduktion der zeitlichen Belastung, allfällige Gehaltsanpassungen, eventuelle Steuersenkungen für Milizpolitiker beschäftigende Unternehmen nachdenken. Als Gemeindepolitiker könne man jedoch in verschiedenen Bereichen wertvolle Erfahrungen gewinnen, sich ein Netzwerk aufbauen, und man lerne die ganze Gemeinde mit Menschen aller Couleur sowie die ansässigen Betriebe kennen. Schweizweit engagieren sich laut Markus Dieth rund 100 000 Menschen in Ämtern, Kommissionen und Parlamenten. Ihnen gebührt der Respekt für ihren Einsatz für die Gemeinschaft in unserem Land.

Junge sind gefragt

Zum Abschluss seines Vortrages erwähnte der Vorsteher des Departementes

Finanzen und Ressourcen des Kantons Aargau die Generation Z (also die nach 1999 geborenen Mitbürgerinnen und Mitbürger) als Hoffnung für die Zukunft. Markus Dieth: «Jahrelang galt die Jugend als politikverdrossen, angepasst, ja gar langweilig. Nun folgt plötzlich der Aufschwung, auch mit dem Aufleben von Jungparteien. Diese geben ihren Mitgliedern die Möglichkeit, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen, und die Gesellschaft, in der sie leben, aktiv mitzugestalten.» Wichtig sei aber, so Dieth, das Miteinander der Generationen. Jugendliche sollten die Chance nutzen, unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Älteren selbst mitzubestimmen, und letztere seien gut beraten, die Jungen mitzunehmen, sie einzubinden, denn ihnen gehöre die Zukunft. Nichts zu tun und keine Entscheidung zu fällen, sei der schlechteste Entscheid, denn Passivität führe letztlich zu den erwähnten Ohnmachtsgefühlen.

Ungewisse Zukunft des BWZ

Max Zeier, Präsident der Regionalgruppe Aargau/Solothurn der VCU, kam nach der Diskussion unter anderem auf das BWZ Brugg zu sprechen, dessen Schulvorstand er präsidiert. Er wies darauf hin, dass die Region Brugg vehement und mit Erfolg für den Erhalt der bedeutenden und im Betrieb vergleichsweise günstigen Schule mit den Fachrichtungen Wirtschaft (KV), Technik (Elektroberufe) und Natur (Forstwesen, Floristik, Gärtner) und Erwachsenenbildung gekämpft habe. Nun aber sei man wieder im Ungewissen, wie die Zukunft des Berufs- und Weiterbildungszentrum Brugg aussehe. «Wir sind gespannt, was diesbezüglich aus dem Bildungsdepartement zu erwarten ist», so Zeier.